

Beitrag der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland (AmCham Germany) zur Energiewende

Am 8. Juli 2011 hat der Gesetzgeber ein umfangreiches Gesetzespaket beschlossen, das u. a. den Ausstieg aus der Atomenergie und eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes umfasst und seit dem Atomunfall in Fukushima im In- und Ausland als Energiewende gesehen wird. Die Unternehmen der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland (AmCham Germany) unterstützen die Energiewende und bieten an, ihre Umsetzung zu begleiten und zu unterstützen. Die folgenden Punkte fassen unsere Handlungsempfehlungen zusammen.

Mit etwa 3.000 Mitgliedern ist AmCham Germany die größte bilaterale Wirtschaftsvereinigung in Europa. Als private, unabhängige Non-Profit-Organisation steht die Förderung der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Vordergrund ihrer Tätigkeit. Das Sustainability Committee von AmCham Germany steht als Ansprechpartner für Fragen aus der Energie- und Umweltpolitik zur Verfügung.

Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Energiewende:

1. Deutschland braucht eine stringente und kohärente Gesetzgebung zur Klima- und Energiepolitik, die langfristig Investitionssicherheit gewährleistet.
2. Harmonisierte europäische und internationale Rahmenbedingungen garantieren vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für Investoren und verhindern Standortverlagerungen.
3. Ein ausgewogener Energiemix, der alle Erzeugungstechnologien und Energieträger – insbesondere auch Erdgas als Partner der Erneuerbaren - einschließt, sollte die Basis für eine kostengünstige, sichere und umweltfreundliche Stromversorgung bilden.
4. Die Erneuerbaren Energien sollen zur Basis des zukünftigen Energiesystems ausgebaut werden. Mithilfe des Einspeisevorrangs und einer Förderung, die sich an der technologischen Lernkurve der Industrie orientiert, sollen die Erneuerbaren Energien zügig in die Wettbewerbsfähigkeit geführt werden.
5. Neben der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen auf Verbraucherseite ist auch die Effizienzsteigerung im Erzeugungsprozess (effiziente, konventionelle Kraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung, Abgaswärmenutzung) notwendig.
6. Forschungseinrichtungen in Deutschland und den USA sind weltweit führend. Daher sollte die Energieforschung zügig im transatlantischen und internationalen Rahmen ausgebaut werden.
7. Der beschleunigte Netzausbau und staatliche Unterstützung für die Integration von Informations- und Kommunikationstechnik sind nötig, um die Stromnetze für die erhöhten Anforderungen der Energiewende fit zu machen.
8. Zur Verwirklichung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes am Standort Deutschland bedarf es einer koordinierten Zusammenarbeit aller Marktteilnehmer und Stakeholder, auch auf transatlantischer und internationaler Ebene.

Deutschlands Wohlstand beruht mehr als der anderer großer europäischer Staaten auf einer starken Industrie und technologischer Innovationskraft. Deutschland erwirtschaftet rund 27% der industriellen Bruttowertschöpfung der Europäischen Union und damit mehr als Großbritannien und Frankreich zusammen. Die Industrie steht für fast 90% der deutschen Exporte und ist auf eine umweltverträgliche und sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Auch bei fortschreitender Verbesserung der Energieeffizienz benötigt die Industrie nach wie vor viel Energie, die deshalb für die Unternehmen ein wesentlicher Kosten- und Wettbewerbsfaktor ist.

Deutschland ist dank seiner industriellen Basis bei Umwelt- und Energieeffizienzprodukten mit einem Marktanteil von 16% in der Welt führend. Diese Märkte werden weiterhin stark wachsen und bieten enorme wirtschaftliche Chancen. Das globale Marktvolumen für „grüne“ Produkte wird bis 2020 auf über 2 Bio. Euro steigen und damit mehr Beschäftigung bieten. Die Unternehmen in den Umwelt- und Energietechnologien brauchen einen heimischen Leitmarkt mit planungssicheren Rahmenbedingungen und technologiespezifischen Förderinstrumenten, um auch im Export erfolgreich sein zu können.

Von den Grundstoff- und Basistechnologien über die Erzeugung und Verteilung von Energie bis zu Erneuerbare-Energie-Technologien, Informationstechnik und Dienstleistungen vertreten die Unternehmen von AmCham Germany alle Wertschöpfungsstufen der Energiewirtschaft. Neben der Produktion bilden Forschung und Entwicklung (F&E) mit zahlreichen in Deutschland angesiedelten Labors einen Schwerpunkt. Mit dieser Stärke im Bereich innovativer Technologien und unserer durchweg internationalen Prägung bieten wir an, transatlantische Erfahrungen und Empfehlungen stärker als bisher in die deutsche energiepolitische Debatte einzubringen.

1. Energiepolitische Leitlinien klar und langfristig definieren

Die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende ist einzigartig im internationalen Vergleich. Die Verwirklichung der Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien, die Deckung der gesicherten Last und die Sicherung maßvoller Strompreise werden äußerste Anstrengungen erfordern, damit die Energiewende ohne Strukturbrüche gelingen kann. Dennoch zeigen Erfahrungen wie in Kalifornien, dass diese Ziele erreichbar sind. Der Bundesstaat erzeugt heute mehr als 26% seiner Elektrizität aus Erneuerbaren Energien und hat das Ziel kürzlich auf 33% bis zum Jahr 2020 angehoben. Entscheidend für diesen Erfolg ist eine verbindliche und langfristige Perspektive für alle Marktteilnehmer. Nicht nur im Hinblick auf die für Ende dieses Jahres geplante internationale Klimakonferenz in Durban appelliert AmCham Germany an die US-Regierung, langfristige, energiepolitische Rahmenbedingungen vorzugeben und verpflichtende Klimaschutzziele einzugehen. Deutschland bzw. Europa müssen zusammen mit den USA ihre Führungsrolle wahrnehmen, um die Gespräche über ein internationales Abkommen mit verbindlichen Zielen und klaren Kriterien voranzubringen.

Deutschland verfügt heute über eine Fülle von gesetzlichen Instrumenten, die vom Emissionshandel über die EEG- und KWK-Umlage, Strom- und Energiesteuern bis hin zum Baurecht einschließlich zahlreicher Ausnahmen reichen. Dies bedeutet für Unternehmen einen erheblichen bürokratischen Aufwand und damit verbundene signifikante Zusatzkosten. Die rechtlichen Instrumente müssen überarbeitet und besser aufeinander abgestimmt werden; internationalen, mindestens aber europäischen Vereinbarungen ist dabei der Vorzug einzuräumen. Ferner müssen im Sinne des energiepolitischen Zieldreiecks die Aspekte der Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit für eine zukunftsfähige Energieversorgung immer gleichberechtigt im Blick sein.

In vielen Teilen der Bevölkerung hat die Bereitschaft, den Neu- und Umbau von Energieinfrastruktur zu akzeptieren, in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Dies gilt für konventionelle Großanlagen wie auch für Investitionen in Erneuerbare Energien und den Netzausbau. Während Unternehmen die Betroffenen bei geplanten

Investitionen frühzeitig einbinden und dabei klar und verständlich ihre Ziele und geplanten Maßnahmen kommunizieren müssen, hat die Politik geeignete Rahmenbedingungen zu setzen, damit Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller durchgeführt und die Ergebnisse umgesetzt werden können. Auch wenn einzelne Projekte vor Ort strittig sind, müssen sie als gesamtgesellschaftliche Aufgaben verstanden werden. Klare Bekenntnisse und Stellungnahmen zugunsten geplanter Projekte seitens der Politik sind ebenso notwendig wie eine frühzeitige und transparente Kommunikation der Unternehmen und ein konstruktives Engagement gesellschaftlicher Akteure wie etwa Nichtregierungsorganisationen. So ist gerade auf Landes- und kommunaler Ebene eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung zu beobachten, wenn Bürgermeister, Gemeinderäte und Landespolitiker sich hinter die betreffenden Projekte stellen.

2. Planungssichere europäische und internationale Rahmenbedingungen schaffen

AmCham Germany begrüßt die zahlreichen Maßnahmen auf europäischer Ebene, die auf eine stabile Energieversorgung und die Schaffung eines Energiebinnenmarktes abzielen. Dabei gilt es jedoch in besonderem Maße, die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Wirtschaftsstandort Europa – auch im internationalen Vergleich – zu berücksichtigen. Klima- und Energiepolitik darf nicht zu Wettbewerbsnachteilen oder gar Standortverlagerungen führen.

Technologieunternehmen treffen heute Investitionsentscheidungen, die erst Jahre später geschäftsrelevant werden. Transparente Rahmenbedingungen und langfristige Investitionssicherheit sind für die Anbieter von Umwelt- und Energieeffizienztechnologien daher unerlässlich. Eine harmonisierte und koordinierte Politik auf europäischer Ebene schafft nicht nur einen transparenten Investitionsrahmen, sondern kann die Basis für die notwendige internationale Kooperation im Bereich Energie- und Klimapolitik bilden. Als strategische Partner können die EU und die USA eine Vorbildfunktion einnehmen und die Handlungsrichtung bestimmen. Bereits bestehende Plattformen wie der *Transatlantic Economic Council* (TEC) und der *EU-US Energy Council* können genutzt werden, um mit Beiträgen aus der Wirtschaft gemeinsame Projekte und Initiativen zu identifizieren und voranzutreiben. Eine verstärkte transatlantische Zusammenarbeit im Bereich F&E für eine nachhaltige Energiepolitik bringt Wettbewerbsvorteile, schafft Arbeitsplätze und dient dem weltweiten Klimaschutz.

3. Ausgewogenen Energiemix als Versorgungsbasis nutzen

Nur durch einen ausgewogenen Energiemix kann eine kostengünstige, sichere wie auch umweltfreundliche Stromversorgung gewährleistet werden. Keinesfalls können wir von vornherein auf bestimmte Technologien verzichten oder einzelne Formen der Energieversorgung gegen andere ausspielen. Um die Atomenergie zu ersetzen, ist der Bau konventioneller Erzeugungskapazitäten notwendig. Derzeit in Planung befindliche Gas- und Dampf-Kraftwerke sowie Erdgas-KWK müssen schnell genehmigt werden. Die Erneuerbaren Energien, die zügig ausgebaut und in den Markt integriert werden müssen, können den zusätzlichen Bedarf decken.

Im zukünftigen Energiemix wird neben den Erneuerbaren Erdgas an Bedeutung gewinnen. In der Stromerzeugung emittiert Erdgas bis zu 60% weniger CO₂ als Kohle und ist durch die flexible Fahrweise der Gaskraftwerke ein geeigneter Partner der Erneuerbaren. Auch in Deutschland gibt es Erdgas, das rund 15% des heimischen Verbrauchs aus lokaler Förderung deckt, die allein schon deshalb umweltfreundlich ist, weil lange Transportwege und entsprechende Emissionen entfallen. Darüber hinaus reduziert ein weiterer Ausbau der lokalen Förderung die wachsende Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus wenigen und teilweise instabilen Förderregionen.

Die Klimaschutzziele der Europäischen Union und Deutschlands bleiben weiterhin ambitioniert. Der steigende CO₂-Ausstoß als Folge des zunehmenden Anteils fossiler Energieerzeugung kann durch die zügige Erprobung und Einführung von Technologien zur Abscheidung und Speicherung (CCS) mittelfristig neutralisiert werden. Die erforderlichen Technologien und private Investoren stehen dazu bereit. Jedoch bedarf es einer konstruktiven Zusammenarbeit aller im Prozess Beteiligten (Bund, Länder, Kommunen und Investoren). Länder und Kommunen müssen im Planungsprozess neuer Projekte ein Mitspracherecht haben, aber gleichzeitig auch die Verantwortung tragen, um die für ein erfolgreiches Gelingen der Energiewende notwendigen Projekte zu realisieren. Ein Vorbild sind die CCS-Aktivitäten der US-amerikanischen Bundesregierung. Seit 2003 hat das *Department of Energy* in enger Partnerschaft mit den Bundesstaaten bisher fünf große Demonstrationsprojekte gestartet, die bis 2017 die industrielle Machbarkeit von CCS unter Beweis stellen sollen. Dabei haben private Investoren den öffentlichen Mitteln von ca. 1,3 Mrd. US Dollar noch einmal ca. 4,5 Mrd. US Dollar hinzugefügt.

4. Erneuerbare Energien wettbewerbsfähig integrieren

AmCham Germany unterstützt die Zielsetzungen der Bundesregierung zum Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz. Erneuerbare Energien sind zu einer festen Größe im Erzeugungsmix geworden und müssen im Zuge eines beschleunigten und kosteneffizienten Ausbaus stabil im Energiesystem etabliert und wettbewerbsfähig in den Markt integriert werden. Die Erneuerbare-Energien-Industrie hat sich in Deutschland als Wachstums- und Beschäftigungsmotor und Impulsgeber für die Entwicklung internationaler Märkte bewährt.

Maßgeblich für einen nachhaltigen Ausbau der Erneuerbaren Energien sind der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verankerte Einspeisevorrang sowie planbare Rahmenbedingungen der Förderung, die sich an der technologischen Lernkurve der Industrie orientiert. Dafür ist eine stärkere Ausschöpfung von Kostensenkungspotenzialen über die Nutzung von Skaleneffekten in der industriellen Produktion ebenso erforderlich wie die Ermöglichung einer flexiblen Flächennutzung für kostengünstige Windkraftanlagen und Solarkraftwerke.

Nach dem Nationalen Aktionsplan für Erneuerbare Energien werden die Windenergie, die Biomasse und die Photovoltaik die tragenden Säulen einer nachhaltigen Energieversorgung bilden. Für den Umbau des Energiesystems auf verstärkt fluktuierende und dezentral erzeugende Technologien sollten Anreize für eine bedarfsgerechte Einspeisung der Erneuerbaren und zur Kombination verschiedener regelbarer und nicht regelbarer Erneuerbarer Energien in regenerativen Kombi- und Hybridkraftwerken geschaffen werden. Darüber hinaus sollte die Weiterentwicklung leistungsfähiger Speichertechnologien vorangetrieben werden, um Reserve- und Regenergie bereitzustellen und regionale Netzengpässe zu vermeiden.

5. Energieeffizienz auf Angebots- und Verbraucherseite verbessern

Ohne die Nutzung der hohen Energiespar- und CO₂-Minderungspotenziale im Gebäudebestand, der für rund 40% des Energieverbrauchs in Deutschland steht, kann die Energiewende nicht bewältigt werden. Deshalb sind Fördermaßnahmen zur Sanierung von Gebäuden wichtig, um Investitionen in die Gebäudeeffizienz zu ermöglichen. Neben Steuerabschreibungsmöglichkeiten erscheint die Anhebung der Fördermittel von heute 0,5 Mrd. Euro auf mindestens 3 Mrd. Euro p.a. als wirkungsvoll, um eine signifikante Erhöhung der Sanierungsquote zu erreichen. Darüber hinaus halten wir eine Änderung des Mietrechts und eine Verbesserung des gesetzlichen Rahmens für Contracting-Modelle für erforderlich.

Neben diesen nachfrageorientierten Handlungsmöglichkeiten werden Effizienzreserven im Erzeugungsprozess oftmals unterschätzt. Die Modernisierung von Gasturbinen und die Verbesserung der Kraftwerkseffizienz sind zentrale Ansätze dieser angebotsseitigen Energieeffizienz. Eine 1%-ige Effizienzsteigerung der europäischen Gaskraftwerkflotte könnte die CO₂-Emissionen um 56 Mio. Tonnen und die Brennstoffkosten um 540 Mio. Euro jährlich senken. Dieser Effizienzgewinn entspricht einer Installation aller verfügbaren Effizienztechnologien in ca. 6,8 Mio. Häusern.

Die gleichzeitige Erzeugung von Elektrizität und Wärme/Kälte mittels Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) steigert mit ihren hohen Wirkungsgraden von 80-90% die Energieeffizienz in der Stromversorgung. In Deutschland soll der Anteil der Stromversorgung aus KWK von derzeit 15% auf 25% in 2020 erhöht werden und damit laut Umweltbundesamt zu einer CO₂-Minderung von 20 Millionen Tonnen führen. KWK-Technologien werden seit vielen Jahren besonders dort eingesetzt, wo hoher Wärmebedarf besteht, so in Ölraffinerien, Metallschmelzen, in der Chemie- und Papierindustrie. Hier besteht noch größeres Potenzial, würde die derzeit geltende Stromsteuerbefreiung bis 2 MW bei größeren Anlagen anteilig anrechenbar gemacht und damit ihre Benachteiligung gegenüber kleineren Anlagen beseitigt.

Besonders hohe Effizienzgrade lassen sich in Verbindung mit der Abwärmenutzung erreichen. Heiße Gase aus Verbrennungsprozessen und andere Abwärmen werden nicht in die Atmosphäre entlassen, sondern mittels Verfahren wie dem *Organic Rankine Cycle* (ORC) in Elektrizität umgewandelt. Dabei werden organische Substanzen mit niedrigem Siedepunkt durch die vorgenannte Wärme verdampft und zum Antrieb einer Turbine und Erzeugung von Strom genutzt. Dieses einfache Verfahren erlaubt es, bis zu 10% zusätzliche, emissionsfreie Elektrizität zu erzeugen, und kann auch nachträglich in bestehende Anlagen zur Energieerzeugung und Produktion installiert werden. Das technische Potenzial der Abwärmenutzung wird in Europa auf bis zu 5 GW geschätzt, was einem jährlichen Stromverbrauch von 9,5 Mio. Haushalten entspricht. Diese zusätzlichen Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz müssen in der kommenden Novellierung des KWK-Gesetzes berücksichtigt werden.

6. Grenzüberschreitende Energieforschung fördern

Ebenso wie die Energieversorgung selbst ist auch die Energieforschung zunehmend grenzübergreifend und erfordert daher Investitionen in internationale Partnerschaften. Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und den USA sind weltweit führend in der Grundlagenforschung. Zahlreiche Unternehmen haben ihre Forschungszentren in der Nähe dieser Einrichtungen und unterstreichen damit die Bedeutung dieser internationalen Partnerschaften, die im transatlantischen Wirtschaftsraum auszubauen sind. Öffentliche Förderung in der Energieforschung ist auch in Zukunft unverzichtbar, daher begrüßen wir das jüngst vorgelegte Energieforschungsprogramm der Bundesregierung mit seinem weiten Rahmen möglicher Projekte und der beträchtlichen Erhöhung der Fördermittel. Die gezielte Unterstützung internationaler, gerade auch transatlantischer Partnerschaften sollte jedoch noch stärker verfolgt werden.

Die Unternehmen wollen ihre Forschungsaktivitäten in Deutschland auf hohem Niveau halten und intensivieren. Dafür benötigt sie international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Im internationalen Vergleich sind forschende Unternehmen in Deutschland jedoch dahingehend benachteiligt, dass es ein vergleichbares Instrument wie das des Tax Credits, der im internationalen Durchschnitt bei ca. 10% liegt, noch nicht gibt. Zwei Drittel der OECD-Länder und die Hälfte der EU-Staaten haben eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt und bauen diese nach positiven Erfahrungen teilweise bereits weiter aus. Dagegen belegen Studien für den Standort Deutschland, dass derzeit ein Unternehmen für jeden Euro F&E-Ausgaben sogar 2 Cent mehr Steuern zahlt, als wenn es dieses Geld anderweitig in Deutschland investiert hätte.

Darüber hinaus müssen die Strukturen und Ziele öffentlicher Forschungsförderung in Deutschland den Bedingungen der partnerschaftlichen Forschung mit Unternehmen

angepasst werden. Die Anforderungen an die Bildung von Konsortien und die kommerzielle Verwertung von Forschungsergebnissen, aber auch die Höhe der Förderquoten im internationalen Vergleich dürfen künftige private Forschungsinvestitionen nicht behindern. Aus diesem Grund sollten die Rahmenbedingungen der Projektförderung regelmäßig einem internationalen Benchmark unterzogen und die Ergebnisse mit den Betroffenen und den politisch Verantwortlichen diskutiert werden.

Dem grenzübergreifenden Charakter technologischer Forschung könnte durch ein transatlantisches Förderinstrument Rechnung getragen werden, das die unterschiedlichen Formen der öffentlichen Förderung integriert. Wir schlagen deshalb vor, ein „Transatlantisches Institut für Forschung und Entwicklung“ als öffentlichen Projektträger der transatlantischen Forschungsförderung einzurichten. Ausgestattet mit einem von beiden Staaten getragenen Budget, einvernehmlichen Regeln für die Nutzung von geistigem Eigentum und übereinstimmend gesetzten Forschungsschwerpunkten könnte es dazu dienen, die F&E-Politik beiderseits des Atlantiks zu harmonisieren. Das Institut sollte als gemeinschaftliche Einrichtung von der US-Regierung und der Bundesregierung betrieben werden und perspektivisch alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligen; es sollte dazu beitragen, rechtliche und organisatorische Hindernisse für eine erfolgreiche Forschungszusammenarbeit zu überwinden und ein Rahmenwerk zu schaffen, um produktbezogene Standards und den Umgang mit geistigen Eigentumsrechten zu harmonisieren.

7. Stromnetze erweitern und „Smart Grids“ einführen

AmCham Germany begrüßt das am 8. Juli 2011 beschlossene Netzausbaubeschleunigungsgesetz, das die Grundlage für einen rechtssicheren, effizienten und umweltverträglichen Ausbau des Übertragungsnetzes schafft. Die Rolle der Bundesnetzagentur als bundeseinheitliche Koordinationsbehörde für Netzplanung und -ausbau verspricht beschleunigte Planungs- und Zulassungsverfahren, die zusätzlich die für Unternehmen notwendige Investitionssicherheit schaffen. Daneben steht die Netzertüchtigung im Blickpunkt. Hier verfügen gerade die Unternehmen von AmCham Germany über langjährige internationale Erfahrungen und die notwendigen Technologien wie Hochtemperatur-Leiterseile, die eine effektive Nutzungssteigerung bestehender Trassen ermöglichen.

Die Leistungsfähigkeit insbesondere unserer Verteilnetze steigt mit der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik. Das „Smart Grid“ (in Deutschland auch als E-Energy bezeichnet) ermöglicht es, die vorhandenen Energieströme intelligent zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu verteilen. Wichtig ist dabei eine umfassende Betrachtung: Nicht das Messen des Energieverbrauchs allein, sondern eine aktive, nutzungsabhängige Steuerung bis in die Erzeugungs- und Verbrauchsgeräte hinein bringt relevante Vorteile. Dabei müssen anspruchsvolle Datenschutzanforderungen, die sich aus der Rechtslage und den Nutzererwartungen ergeben, als Spezifikum für Technologieprojekte in Deutschland von Anfang an berücksichtigt werden.

In der transatlantischen Zusammenarbeit könnten technische Standards helfen, Innovationen und Investitionen in neue Technologien zu beschleunigen. Der Fokus sollte auf einer Harmonisierung liegen, die den Marktzugang erleichtert und eine flächendeckende Einführung durch Lösungsanbieter erlaubt. Konkrete Ansätze könnten von einer engeren gegenseitigen Beteiligung und Zusammenarbeit der Standardisierungsorganisationen ausgehen, des *Smart Grid Interoperability Panel* (SGIP) des *US National Institute of Standards and Technology* (NIST) einerseits und der *EU Joint Working Group* sowie der Standardisierungsorganisationen CEN, CENELEC und ETSI andererseits. Hilfreich wäre ein einheitlicher Katalog von gemeinsamen Testanforderungen und Spezifikationen für Lösungen in den Bereichen „Smart Grids“ und Elektromobilität, damit die Anbieter nicht auf die unabhängige Entwicklung solcher Anforderungen in Europa und in den USA warten müssen. Die Bundesregierung kann diese verstärkte Zusammenarbeit in der technischen Standardisierung insbesondere im Rahmen des TEC weiter unterstützen.

8. Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Mobilität umsetzen

Nachhaltige Mobilität ist eine entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Industriestandort. Dabei steht der Verkehrsbereich für rund ein Fünftel der Energienachfrage und ist der drittgrößte Sektor nach Stromerzeugung und Industrie. Elektrokomponenten, insbesondere in Hybridfahrzeugen, steigern die Energieeffizienz von PKWs und gewinnen einen immer stärkeren Anteil. Allerdings werden auf absehbare Zeit die Verbrennungsmotoren weiterhin dominieren, da im für Elektromobilität wesentlichen Batteriebereich die entscheidenden Durchbrüche zur Kostenreduzierung noch ausstehen. Hinzu kommt, dass die klassischen Antriebe teilweise geringere Emissionen aufweisen als Elektrofahrzeuge, zumindest wenn für die Stromerzeugung der derzeitige deutsche Strommix unterstellt wird. Die herkömmlichen Mineralölprodukte, wie z.B. Benzin und Diesel unterliegen hohen Energiesteuern, die dem Bund jährlich rund 40 Mrd. Euro einbringen. Um keine falschen Preissignale zu setzen, sollte Strom, der in den Verkehr gebracht wird, auf einer vergleichbaren Ebene besteuert werden, am besten wäre eine einheitliche Besteuerung z.B. nach CO₂-Ausstoß.

AmCham Germany betont die Notwendigkeit, eine koordinierte Zusammenarbeit aller Marktteilnehmer und Stakeholder zu fördern. Dabei sollten neben Unternehmen auch die entsprechenden Fachverbände, Vertreter der zuständigen Ministerien und Generaldirektionen, sowie sonstige Regierungsbehörden auf beiden Seiten des Atlantiks herangezogen werden. Insbesondere das TEC bietet als etablierte Plattform einen geeigneten Rahmen, um diese Stakeholder zusammenzubringen, Aufgaben, Verantwortungen und einen Zeitplan festzulegen. Ziel muss auch hier analog zu den Initiativen im Bereich „Smart Grids“ sein, konkrete Projektvorhaben im Bereich der technischen Standardisierung, z.B. von Batterien und Ladesystemen, vorzubereiten und zu koordinieren. Eine ausführliche Stellungnahme von AmCham Germany zum Thema „Innovationen für eine nachhaltige Mobilität“ wurde im Januar 2011 veröffentlicht und präsentiert Handlungsempfehlungen für eine ausgewogene, umweltschonende und wettbewerbsfreundliche Mobilitätspolitik im Kontext von transatlantischen Erfahrungen und Trends.

Die Amerikanische Handelskammer in Deutschland fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Dabei unterstützen und fördern wir aktiv die Interessen unserer Mitglieder durch unser Netzwerk in Wirtschaft, Politik und der AmChams weltweit. AmCham Germany ermöglicht interkulturelles Verständnis, Zusammenarbeit und neue Investitionen durch die Grundsätze eines transparenten Dialogs, freien Handels und eines wettbewerbsfähigen und offenen Wirtschaftsklimas.

Kontakt AmCham Germany Sustainability Committee

Chair

Dr. Ingrid Herzog
Director Government Affairs
Dow Deutschland Inc.

Co-Chair

Dr. Wolfgang Dierker
Leiter Regierungsbeziehungen
GE

Staff Contact

Eva Funhoff, LL.M.
Specialist, Government & Press Relations
American Chamber of Commerce in Germany e.V.
Börsenplatz 7-11, 60313 Frankfurt am Main
T: +49 69 929104-41
E: efunhoff@amcham.de
www.amcham.de